

## PROTOKOLL

Vollversammlung  
Freitag, 12. Juni 2020, 18.07–21.02 Uhr  
Videokonferenzsystem „Zoom“

### TOP 1 Begrüßung und Formalia

■ begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. ■ verweist auf das neue „Gesetz zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie im Zivil-, Insolvenz- und Strafverfahrensrecht“, nach dem Mitgliederversammlungen online rechtlich möglich sind und entschuldigt die beiden Vorstandskolleg\*innen ■ und ■, die aus ■ Gründen nicht teilnehmen können.

■ stellt fest, dass zu dieser Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde. Wegen unregelmäßiger Teilnahme sind drei Mitglieder zzt. nicht stimmberechtigt: ■. Ebenfalls nicht stimmberechtigt ■ ■, da ■ den Mitgliedsbeitrag nicht entrichtet ■. Die Vollversammlung ist beschlussfähig, da zum jetzigen Zeitpunkt zwölf Mitglieder bzw. 22 stimmberechtigte Delegierte anwesend sind. Diesen Feststellungen wird nicht widersprochen.

Die Versammlung beschließt die Tagesordnung in der protokollierten Form (einstimmig).

### TOP 2 Bericht des Vorstandes

■ berichtet mittels einer PowerPoint-Präsentation (Anlage) über die Aktivitäten seit der letzten Vollversammlung am 06. November 2019.

Der vollständig neu zusammengesetzte Vorstand hat sich in viele neue Themen eingearbeitet. Die Bürgerschaftswahl 2020 sowie deren Folgen bildete – neben der Corona-Pandemie – den Schwerpunkt der ersten sieben Monate.

Mit sechs Wahlprüfsteinen wurde in den Wahlkampf eingegriffen und mit Tempo an deren Veröffentlichung gearbeitet, damit diese von den Mitgliedern in den Gruppenstunden verwendet werden können. Hier hat sich der Vorstand mehr (positives) Feedback erwartet. Nachdem das Wahlergebnis feststand, wurde versucht, auf den Koalitionsvertrag Einfluss zu nehmen. Im kürzlich vorgestellten Vertrag sind die Jugendverbände an einer einzigen Stelle erwähnt, allerdings werden keine zusätzlichen finanziellen Mittel in Aussicht gestellt. Der Koalitionsvertrag bzw. die o. g. Wahlprüfsteine werden das zentrale Thema der für den 09. September 2020 geplanten Veranstaltung sein. Dazu sollen die jugendpolitischen Sprecher\*innen der Parteien eingeladen werden. Beim Umgang mit der AfD wurde bzw. wird die Praxis des vorherigen Vorstandes fortgesetzt (Folien 1–3).

■ informiert über weitere Themen (Folien 4–6), die der Vorstand behandelt hat. Um eine gemeinsame Positionierung aller Mitglieder zu ermöglichen, wurde gegenüber der BASFI angeregt, die Überarbeitung des Landesförderplans um ein Jahr zu verschieben. Auch an dieser Stelle hat sich der Vorstand ein (positives) Feedback gewünscht. Um diesen Prozess zu begleiten wird der Vollversammlung empfohlen, einen Ausschuss einzurichten (siehe TOP 4.2).

Nach eigener Einschätzung hat der Vorstand Tritt gefasst. ■ bedankt sich bei den Mitarbeiter\*innen für deren Unterstützung.

Die Vollversammlung nimmt den Bericht des Vorstandes ohne Diskussion zur Kenntnis.

### **TOP 3 Die Corona-Pandemie und deren Folgen**

■ berichtet ebenfalls mittels einer PowerPoint-Präsentation (Anlage 2, Folie 9) über die Corona-Pandemie und deren Folgen, allerdings mit deutlichem Fokus auf die jüngere Vergangenheit und die nähere Zukunft.

Die BASFI hat eine Arbeitsgruppe „Reisen/Ferienfreizeiten im Sommer 2020“ eingerichtet, die bislang zwei Mal getagt hat. Dort informiert die Behörde über die neuesten Entwicklungen und es können bzw. sollen die Anliegen der Jugendverbände vorgebracht werden. Es ist damit zu rechnen, dass am 30. Juni weitere Lockerungen beschlossen werden, die auch die Arbeit der Jugendverbände betreffen.

■ berichtet von der Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses (LJHA) am 08. Juni 2020: ■ Antrag, den ■ gemeinsam mit ■ erarbeitet hat und der allen Verbänden und Delegierten vor dieser Vollversammlung zugegangen war, erhielt auch von den anderen LJHA-Mitgliedern große Unterstützung, allerdings möchte die Behörde einen anderen Weg einschlagen. Sie will in einer Erklärung die im Antrag angesprochenen Bestimmungen aufheben und andere Fördersätze festlegen. Den Entwurf dieser Erklärung hat die BASFI kurz vor der Sitzung zur Verfügung gestellt; dieser wird als „Tischvorlage“ den Delegierten zur Verfügung gestellt. ■ hat unter dem Vorbehalt, dass die Vollversammlung diesem Verfahren zustimmt, ■ Antrag zurückgezogen. ■ sieht die drei Ziele des Antrages auch auf diesem Wege erreicht: bürokratiearme Flexibilisierung der bewilligten Mittel, finanzielle Entlastung der Verbände durch den Verzicht auf Eigenmittel und Ausweitung der Förderung auf eintägige Freizeitangebote – auch bzw. insbesondere für Angebote für Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Familien.

Die Vollversammlung stimmt diesem Verfahren einstimmig zu (15-Ja-Stimmen, sieben Enthaltungen).

Die Evangelische Jugend (EJH), die Katholische Jugend, die Schreberjugend und der Verband Christlicher Pfadfinder\*innen berichten über ihren Umgang mit der Corona-Pandemie bzw. den damit verbundenen Einschränkungen. Mehrere Verbände bieten wieder (analoge) Maßnahmen an, so z. B. die EJH eine Sommerfreizeit.

-- Sitzungspause --

### **TOP 4 Anträge**

#### **TOP 4.1 Eigenständige jugendpolitische Perspektive auf Corona**

■ stellt den Antrag des Vorstandes vor. Die Vollversammlung beschließt nach eingehender Diskussion folgende Position (19 Ja-Stimmen, zwei Enthaltungen):

*Kontaktbeschränkungen, Homeschooling oder die vorübergehende Schließung von Einrichtungen der Jugendhilfe – die Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Coronavirus haben den Alltag aller Kinder und Jugendlicher grundlegend verändert. Sie sind angesichts der Gefahr, die vom Coronavirus ausgeht, notwendig und nachvollziehbar. Aus der Perspektive junger Menschen gehen mit ihnen aber auch besondere Herausforderungen einher, die in der politischen Debatte bisher nicht ausreichend berücksichtigt werden. Vor allem fehlt es an einer grundsätzlichen Beteiligung junger Menschen an den sie betreffenden Entscheidungen<sup>1</sup>.*

*Dabei wirken sich die Maßnahmen auf vielfältige Weise und unmittelbar auf den Alltag junger Menschen aus. Sie dürfen sich nicht mit Freund\*innen verabreden, können ihren Freizeitaktivitäten nicht*

<sup>1</sup> Siehe Ergebnisse der kürzlich erschienen Studie „Erfahrungen und Perspektiven von jungen Menschen während der Corona-Maßnahmen – Erste Ergebnisse der bundesweiten Studie JuCo“ (<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:hil2-opus4-10782>)

nachgehen, treffen keine Mitschüler\*innen in der Schule. Sie müssen gezwungenermaßen viel Zeit Zuhause und alleine verbringen. Das steigert die Gefahr von häuslicher Gewalt und Kindeswohlgefährdungen, insbesondere bei jungen Menschen in belasteten Beziehungen zu ihren Eltern oder in beengten Wohnverhältnissen. Durch die besonderen Anforderungen des Homeschoolings und digitalen Lernens droht außerdem eine Benachteiligung von Kindern und Jugendlichen, die auf wenig Unterstützung und Ressourcen in der Familie zurückgreifen können. Auch die Orte der Selbstorganisation und Mitbestimmung von Jugendlichen, ob in Schulen, Sportvereinen oder Jugendverbänden, wurden von den Maßnahmen massiv eingeschränkt. Aufgrund der dynamischen Entwicklung und den einschneidenden Maßnahmen sind die noch kommenden Auswirkungen nicht gänzlich vorhersehbar. Wir können aber schon heute davon ausgehen, dass die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Folgen für junge Menschen in ihrer Gesamtheit gravierend sein werden und eine eigenständige jugendpolitische Antwort notwendig machen.

Angesichts der unmittelbaren und zukünftigen Folgen der Corona-Krise für Kinder und Jugendliche fordern wir:

- Junge Menschen haben auch ein Recht auf Spiel, Freizeit und Erholung. Angebote der Jugendarbeit müssen auch in Krisenzeiten bestmöglich gewährleistet werden.
- Kinder und Jugendliche müssen an allen Entscheidungen beteiligt werden. Beteiligungsprozesse müssen kinder- und jugendgerecht gestaltet werden. Das Recht auf Beteiligung muss auch in Krisenzeiten Bestand haben.
- Bei der Entscheidung über Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus müssen die Interessen von Kindern und Jugendlichen berücksichtigt werden. Bereits getroffene Entscheidungen müssen jungen Menschen transparent und nachvollziehbar erklärt werden.
- Sie dürfen nicht auf ihre Rolle als Schüler\*innen reduziert werden: Schule darf nicht Freizeit ersetzen, ihre Forderungen nach sozialer Interaktion und jugendlichen Freiräumen müssen ebenso in politische Abwägungen mit einbezogen werden.
- Die besonderen Bedarfe von Kindern und Jugendlichen aus weniger wohlhabenden und stärker belasteten Familien müssen ausreichend berücksichtigt werden.
- Die Corona-Krise darf die sozioökonomische Spaltung der Jugend nicht vertiefen. Angesichts der akuten gesamtgesellschaftlichen Herausforderung und den weitreichenden Konsequenzen brauchen wir eine eigenständige und nachhaltige jugendpolitische Antwort. Jugendpolitik darf gerade in Krisenzeiten nicht nur ein Anhängsel der Wirtschafts- oder Familienpolitik sein.

#### **TOP 4.2 Einrichtung eines Ausschusses Finanzen**

■ stellt den Antrag vor. In diesem Zusammenhang bestätigt ■, dass der LJHA am 08. Juni 2020 der Bitte des LJR-Vorstandes entsprochen und beschlossen hat, die Überarbeitung des Landesförderplans um ein Jahr zu verschieben.

In der Diskussion wird darauf hingewiesen, dass der Ausschuss seine Arbeitsweise (Themenfolge und Sitzungshäufigkeit) selbst festlegt und er Beschlussvorlagen erstellt, also den Organen (Vorstand und Vollversammlung) zuarbeitet.

Nach Diskussion fasst die Vollversammlung folgenden Beschluss (13 Ja-Stimmen, eine Nein-Stimme, vier Enthaltungen):

*Die Vollversammlung richtet gemäß des § 10 der Satzung bzw. der §§ 11–16 der Geschäftsordnung einen ständigen „Ausschuss Finanzen“ ein.*

*Aufgaben des Ausschusses:*

- *Überarbeitung Landesförderplan: Austausch über die jeweiligen Veränderungsbedarfe; Erstellung einer Beschlussempfehlung*
- *Statistik: Austausch über den Ausbau einer aussagekräftigen Statistik über die Leistungen der öffentlich anerkannten Jugendverbände; Erstellung einer Beschlussempfehlung*
- *Haushaltsplan 2021/2022 ff. der Freien und Hansestadt Hamburg (FHH): Austausch für eine bedarfsgerechte bzw. auskömmliche Finanzierung der öffentlich anerkannten Jugendverbände; Erstellung von Beschlussempfehlungen*
- *Bürokratieabbau: Austausch über eine verwaltungsarme Beantragung und Abrechnung von Zuwendungen durch die FHH; Erstellung von Beschlussempfehlungen*
- *Digitalisierung: Austausch über die Anwendung des Onlinezugangsgesetzes<sup>2</sup> (OZG); Erstellung einer Beschlussempfehlung*

*Jedes ordentliche Mitglied entsendet jeweils eine stimmberechtigte Vertretung. Diese Personen sollen mit den Aufgaben des Ausschusses vertraut sein; sie müssen deshalb kein\*e Delegierte\*r des jeweiligen Mitglieders sein. Zusätzlich sollen die beiden stimmberechtigten Mitglieder des Landesjugendhilfeausschuss<sup>3</sup>, ein LJR-Vorstandsmitglied sowie der LJR-Geschäftsführer teilnehmen. Der Ausschuss tagt nicht-öffentlich, es können jedoch bei Bedarf Gäste eingeladen werden. Der Ausschuss kann temporäre Arbeitsgruppen zu Einzelfragen einrichten.*

*Der Ausschuss wird von einem Ausschuss-Mitglied geleitet.*

## **TOP 5      Verschiedenes**

■ macht auf wichtige zukünftige Ereignisse aufmerksam:

- „100-Tage-Event“, 09. September 2020, Thema: „Die Jugendpolitik des (neuen) Senats“ (Arbeitstitel)
- 17. Deutscher Jugendhilfetag, 18.–20. Mai 2021, Dortmund
- 3. Bundeskongress Kinder- und Jugendarbeit, 20.–22. September 2021, Nürnberg

■ weist darauf hin, dass die Amtszeit des LJHA endet und in naher Zukunft eine Neubesetzung ansteht, d. h. es muss eine Vollversammlung einberufen werden, auf der der LJR seine Personenvorschläge bestimmt.

■ regt an, vor den Vollversammlungen neue Delegierte für diese Aufgabe zu qualifizieren („VV for Beginners“).

■ gibt bekannt, dass die Geschäftsstelle vom 26. Juni bis 26. Juli 2020 geschlossen ist, dankt allen Mitarbeiter\*innen und wünscht schöne Sommerferien.

Dem Dank an die Mitarbeiter\*innen schließt sich ■ an und schließt den Vorstand mit ein.

<sup>2</sup> Onlinezugangsgesetz besagt, kurz gefasst, dass alle Verwaltungsleistungen auch elektronisch anzubieten sind – und zwar bis Ende 2022

<sup>3</sup> Gemeint sind damit jene Personen, die der LJR auf Beschluss einer Vollversammlung entsendet

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt ■ die Sitzung.

Hamburg, 14. Juli 2020

Für die Richtigkeit des Protokolls:

■  
Versammlungsleiter ■

■  
Protokollführer ■

■  
Protokollführer ■

## Die Bürgerschaftswahl 2020...

- Erstellung von Wahlprüfsteinen und das Einholen der Antworten dazu
- Wahlauf Ruf „Wähl´ doch!“
- Veröffentlichung via punktum und Facebook

Folie 1

## ... und ihre Folgen

- Planung eines 100-Tage-Events für den 09. September 2020
- Kontaktaufnahme zu den jugendpolitischen Sprecher\*innen
- Einflussnahme auf Koalitionsvertrag

Folie 2

## ... und ihre Folgen

Die Jugendverbandsarbeit schafft abseits von Institutionen und Elternhaus Räume für Selbsterfahrung und Selbstorganisation von Interessen, die durch die flächendeckenden Ganztags schulangebote noch stärker als bisher auf eine gute Kooperation mit Schulen angewiesen ist, **und für die wir mehr Ressourcen bereitstellen wollen. Auch in diesen Bereichen wollen wir noch mehr für die Stärkung von Kinderschutz und Kinderrechten tun, um Erwachsene und Kinder in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und der Jugendverbandsarbeit zu empoweren.**

Quelle: Wahlprogramm von B´90/Grüne, Seite 54, bzw. Punktum 1/2020, Seite 13

Die Jugendverbandsarbeit *schafft abseits von Institutionen und Elternhaus* Räume für Selbsterfahrung und Selbstorganisation von Interessen, die durch die flächendeckenden Ganztags schulangebote noch stärker als bisher auf eine gute Kooperation mit Schulen angewiesen ist.

Quelle: Koalitionsvertrag von SPD und B´90/Grüne, Seite 126

Folie 3

## Weitere Berichtspunkte

- Kontaktaufnahme zur Behörde
- Landesförderplan: Verschiebung der Überarbeitung um ein Jahr beantragt (siehe Anträge)

Folie 4

## Schutz vor sexualisierter Gewalt

- Evaluation der Mustervereinbarung zum Tätigkeitsausschluss einschlägig vorbestrafter Personen
- Treffen mit der Leitung der Justizbehörde gemeinsam mit der HSJ

Folie 5

## Partizipation

- „Diskussionsbeitrag“ bei einem Arbeitstreffen des JHA Wandsbek im Februar 2020
- „Sprich mit“, Veranstaltung der Linken im November 2019

Folie 6

## Vertretungen

- Berufung von ■■■ in den Stiftungsbeirat der KZ-Gedenkstätte Neuengamme
- Wahl von ■■■ als stellv. Mitglied des JHA Bergedorf

Folie 7

## Weitere Berichtspunkte

- Austritt der HDT, damit verbunden der Rücktritt von ■■■
- Coronabedingte Absagen mehrerer terminierter Gespräche mit u.a. der BASFI, den Linken, der DLRG-J sowie dem LJW der AW

Folie 8

## Phase schrittweises Wiederauffahren

- Einsatz für die Infrastruktur von verbandlicher Jugendarbeit; Information über Hamburger Corona-Soforthilfe (HCS), sog. „Hamburger Schutzschirm“
- Erweiterung des Wirkungskreises um „junge Volljährige“
- Teilnahme an Gesprächen in der BASFI am 12. Mai 2020 und am 09. Juni 2020
- Antrag im LJHA am 08. Juni 2020

Folie 9